

GNZ

Windkraft-Kabel endgültig abgelehnt

Unendliche Geschichte findet ihren Abschluss im Stadtparlament

23. 11.
20. 18

Bad Orb (in). Eine unendliche Geschichte hat am Mittwoch im Bad Orber Stadtparlament ihren Abschluss gefunden. Nach endlosen Diskussionen, die teilweise bis tief in die Vertragsdetails gingen, steht nun fest: Der Windkraftprojektierer Juwi und die kreiseigene Naturenergie GmbH dürfen kein Kabel durch die Bad Orber Gemarkung legen und müssen sich somit eine andere Möglichkeit suchen, den geplanten Windpark Flörsbachtal/Roßkopf ans Netz zu bringen.

Nur zwei Parlamentarier stimm-

ten für den Vertrag, der das Verlegen des Kabels erlaubt hätte und als Gestattungsvertrag bezeichnet wird. Zwei Stadtverordnete enthielten sich der Stimmen, der Rest votierte dagegen. Für den FBO-Fraktionsvorsitzenden Ralf Diener hat letztlich das Verhalten der SPD in Flörsbachtal, die den Windpark gemeinsam mit der Gemeinde Jossgrund auf den Weg gebracht hatte, den Ausschlag gegeben. Denn die SPD in der Spessartgemeinde habe sich zuletzt gegen die Windkraftnutzung im Spessart positioniert.

Hermann Bellinger (FWG) brachte zum Ausdruck, dass er zunächst für den Vertrag stimmen wollte, doch habe die Irritation über immer wieder geänderte Vertragsentwürfe, von denen der letzte noch nicht einmal von Fachleuten geprüft worden sei, ihn zum Umdenken bewegt. Helmut Pfeifer (SPD) beklagte, dass den Wünschen der Stadt vom Projektierer und der Naturenergie GmbH nicht ausreichend Rechnung getragen wurde. Alfred Palige (CDU) machte deutlich, dass die CDU den Gestattungsvertrag

ablehnt, weil sie die Windkraftnutzung im Spessart generell ablehnt. Abgesehen davon sieht er auch den zuletzt vorgelegten Vertragsentwurf nachteilig für Bad Orb – das werde in diversen Klauseln deutlich.

Matthias Dickert (FBO) sieht in der Windkraftnutzung eine „Gefahr für den Erhalt des Naturparks Spessart“. Seinem Kenntnisstand zufolge rechnen sich Windkraftanlagen erst nach zwölf Jahren – bis dahin seien sie auf Subventionen angewiesen, die letztlich von den Bürgern getragen werden.